



Schnelle Verwaltung auf kommunaler Ebene

Ergebnisbericht

Das Wichtigste auf einen Blick

- Kommunale Vorschriften belasten die Unternehmen. Das Ausmaß ist im Vergleich zu europäischer oder nationaler Bürokratie jedoch insgesamt geringer.
- Im Mittel müssen die Unternehmen rund zwei Stunden pro Woche zur Erfüllung kommunaler Vorschriften aufwenden.
- Die bürokratischen Problemfelder sind auf kommunaler Ebene sehr heterogen. Im Fokus stehen häufig komplexe Genehmigungsverfahren, langsame Bearbeitungszeiten und eine unzureichende Verwaltungsdigitalisierung.
- Seitens der Unternehmen wurden in den vergangenen Jahren erste Verbesserungen, beispielsweise durch mehr digitale Zugänge zu Verwaltungsleistungen, wahrgenommen.
- Ebenso wie die Problemfelder sind auch die Lösungsansätze vielfältig. Im Zentrum stehen die Stärkung des Servicegedankens sowie die konsequente Digitalisierung der Verwaltung.

Methodik

- Befragungszeitraum: 20. November bis 02. Dezember 2024
- Stichprobe: 320 repräsentative Mitglieder der IHK Regionalversammlungen
- Antworten: 60; Rücklaufquote: 19 Prozent

Bürokratie belastet die Unternehmen auch auf kommunaler Ebene – Schnelle Verwaltung durch Digitalisierung als Chance

Gesetzestreuendes Handeln ist für eine funktionierende Wirtschaft unerlässlich. Dieses mündet schließlich in der Erfüllung von Auflagen und Pflichten. In den vergangenen Jahren ist jedoch die Balance zwischen der unternehmerischen Freiheit einerseits und der gesetzestreuen Pflichtenerfüllung andererseits nicht mehr gegeben. Staatliche Bürokratie ist für die Unternehmen zu einem großen Hemmnis geworden. Dies belegt beispielsweise der laufende Erfüllungsaufwand als Maß für die Ressourcen, die zur Erfüllung der bürokratischen Pflichten benötigt werden. Dieser lag nach Angaben des Nationalen Normenkontrollrates im Jahr 2024 bei rund 27,1 Milliarden Euro.

Der größte Anteil dieser direkten Bürokratiekosten entfällt dabei mit rund 14 Milliarden Euro auf die Wirtschaft. Seit Beginn der Erfassung im Jahre 2011 und insbesondere seit 2021 ist der laufende Erfüllungsaufwand deutlich gestiegen. Darüber hinaus berichteten im Rahmen der Konjunkturumfrage der IHK Schwaben im Frühjahr 2024 rund 82 Prozent der Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung, dass staatliche Bürokratie in ihrer Gesamtheit das Geschäft erheblich oder zumindest teilweise hemmt. Zudem zeigen Analysen des Münchner Ifo-Instituts (2024a), dass der deutschen Volkswirtschaft aufgrund eines ausbleibenden spürbaren Bürokratieabbaus eine durchschnittliche Wirtschaftsleistung von jährlich rund 146 Milliarden Euro entgeht. Dies hätte im Jahr 2023 einem Anteil von rund 3,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt entsprochen. Die Studie bezieht dabei auch die indirekten Folgekosten der Bürokratie ein.

Dies zeigt, dass ein deutlicher Abbau von Bürokratie und eine Beschleunigung der Verwaltungsleistungen einen spürbaren Impact auf die deutsche und bayerisch-schwäbische Wirtschaft hätten. Diese Studie nimmt dabei die kommunale Verwaltung in den Blick.

Methodik

Im Vorfeld der Umfrage wurden mehrere Leitfadeninterviews mit zufällig ausgewählten Mitgliedsunternehmen der IHK Schwaben aus verschiedenen Branchen durchgeführt, um eine erste qualitative Annäherung an die Thematik zu vollziehen. Die qualitativen Ergebnisse dieser Interviews fließen im Bereich der Problemfeldanalyse in diese Analyse ein.

Vorliegende Ergebnisse basieren auf der Auswertung einer Unternehmensbefragung:

- Vom 20. November bis 02. Dezember 2024 wurden die 320 Mitglieder der Regionalversammlungen der IHK Schwaben befragt. Diese sind aufgrund ihrer Zusammensetzung repräsentativ für die bayerisch-schwäbische Wirtschaft. Insgesamt haben 60 Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen geantwortet. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 19 Prozent. Innerhalb der Auswertung werden die Ergebnisse auch mit Blick auf Unterschiede zwischen den verschiedenen Branchen und Unternehmensgrößen analysiert.
- Die Umfrage verfolgte dabei einen explorativen Ansatz. Mit Hilfe offener Fragen sollten die Unternehmen einerseits ihre bürokratischen Belastungen, welche auf kommunaler Ebene

entstehen, schildern und andererseits von wahrgenommenen Verbesserungen der letzten Jahre berichten.

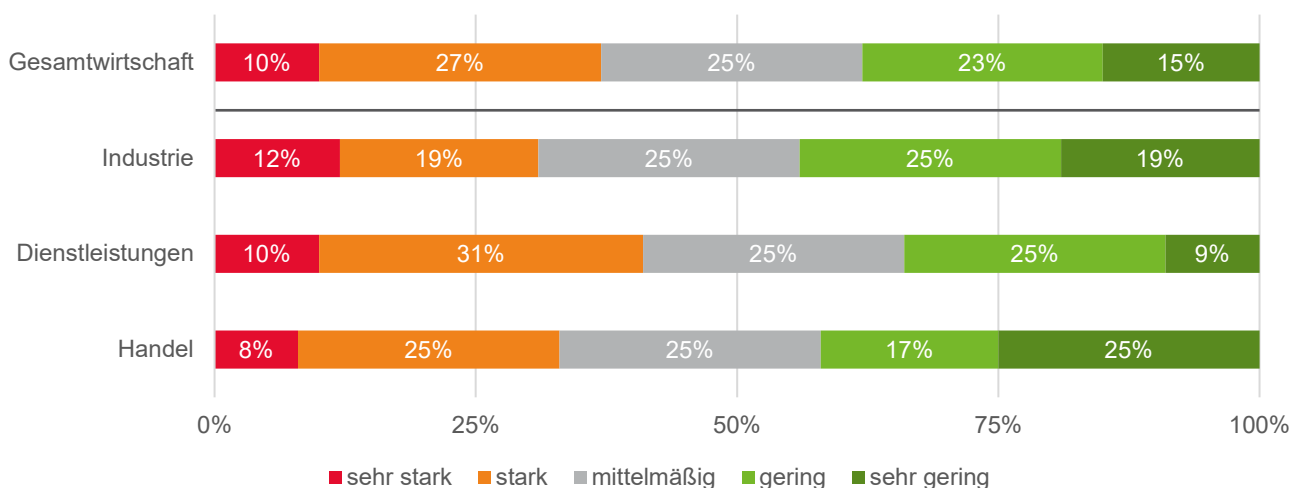
- Unter der kommunalen Ebene werden der Regierungsbezirk, die Landkreise und kreisfreien Städte, sowie die weiteren Städte und Gemeinden verstanden.
- Des Weiteren wurde der Grad der Belastung durch die bürokratischen Hürden abgefragt. Außerdem wurde um eine Schätzung des wöchentlichen Zeitaufwands zur Erfüllung der Pflichten gebeten.

Der Belastungsgrad wird sehr unterschiedlich eingeschätzt

Auf einer Skala von „sehr gering“ bis „sehr stark“ bewerten die Unternehmen die Intensität der bürokratischen Belastung aufgrund kommunaler Vorschriften in ihrer Gesamtheit¹ als mittelmäßig. Zwischen den betrachteten Branchen und Unternehmensgrößen sind bezüglich der subjektiven durchschnittlichen Belastung keine signifikanten Unterschiede sichtbar, jedoch aber bezüglich der prozentualen Verteilung der einzelnen Antwortkategorien.

Mit Blick auf die Gesamtwirtschaft bewerten 37 Prozent der Befragten den Belastungsgrad als sehr stark oder stark, 38 Prozent als sehr gering oder gering. Am höchsten ist der Anteil derer, die eine starke Belastung empfinden, mit 41 Prozent im Bereich der Dienstleistungen; am geringsten mit 31 Prozent in der Industrie.

Abbildung 1: Belastung aufgrund kommunaler Vorschriften nach Branchen

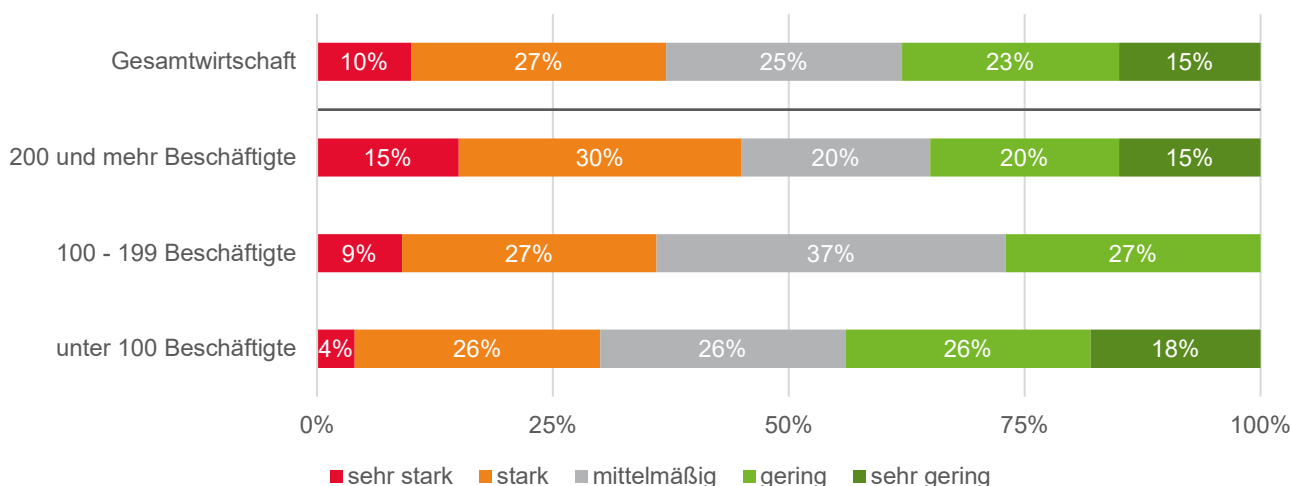


Frage: Wie stark ist die bürokratische Belastung aufgrund kommunaler Vorschriften für Ihr gesamtes Unternehmen? (n=60)

¹ Zur Ermittlung des Mittelwertes wird der **Median** als Lageparameter herangezogen. Da es sich um ein ordinalskaliertes Merkmal handelt, ist die übliche Verwendung des arithmetischen Mittels als Durchschnittswert nicht zulässig. Der Median ist der mittlere Wert in einer Folge von nach aufsteigender Größe sortierten Werten. Ober- bzw. unterhalb des Median liegt jeweils die Hälfte der Werte. Gegenüber dem arithmetischen Mittelwert ist der Median robuster gegenüber Ausreißern in den Variablenwerten (Statistisches Bundesamt, 2024).

Darüber hinaus wird sichtbar, dass die Belastung von größeren Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten tendenziell als stärker empfunden wird als von kleineren. So liegt der Anteil derer, die eine sehr starke oder starke Belastung empfinden in der obersten Kategorie bei 35 Prozent und in der untersten Größenklasse bei 30 Prozent.

Abbildung 2: Belastung aufgrund kommunaler Vorschriften nach Unternehmensgröße



Frage: Wie stark ist die bürokratische Belastung aufgrund kommunaler Vorschriften für Ihr gesamtes Unternehmen? (n=54)

Insgesamt deutet dies darauf hin, dass die bürokratische Belastung auf kommunaler Ebene seitens der Unternehmen im Vergleich zu europäischen, nationalen oder landesrechtlichen Auflagen als geringer empfunden wird. Dennoch birgt auch die niedrigste Verwaltungsebene noch bisher ungenutzte Potenziale, um bürokratische Hemmnisse für die Unternehmen abzubauen. Im Verlaufe der Studie werden diese noch genauer analysiert.

Zeitaufwand: Die meisten Unternehmen müssen rund zwei Stunden pro Woche zur Erfüllung kommunaler Vorschriften aufwenden

Der zeitliche Aufwand zur Erfüllung bürokratischer Auflagen ist für die Unternehmen ein entscheidender (Kosten-) Faktor in der Ressourcenplanung. Eine Analyse der Deutschen Industrie- und Handelskammer zeigt beispielsweise, dass ein typisches mittelständisches Unternehmen im Gastgewerbe pro Woche rund 14 Stunden aufbringen muss, um Bürokratiepflichten aller Art und **auf allen politischen Ebenen** zu erfüllen (Deutsche Industrie- und Handelskammer, 2024).

Aus diesem Grund ist es ebenso von Interesse, den zeitlichen Aufwand zur Erfüllung **kommunaler bürokratischer Pflichten** zu ermitteln. Dabei reicht die Spannweite der betrachteten Antworten von einem zeitlichen Investment von 10 Minuten bis zu 100 Stunden pro Woche.² Dabei liegen 77 Prozent der

² Die Ausreißer wurden auf einen Maximalwert von 100 Stunden pro Woche limitiert, da es sich bei einzelnen unrealistischen Werten deutlich darüber höchstwahrscheinlich um Fehlangaben handelt.

Antworten im Bereich zwischen 10 Minuten und 15 Stunden. Dies unterstreichen die in Abbildung 3b dargestellten Boxplots.

Abbildung 3a: Beispiel Boxplot

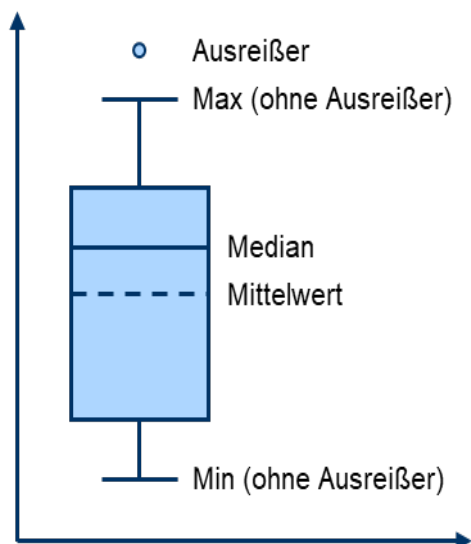
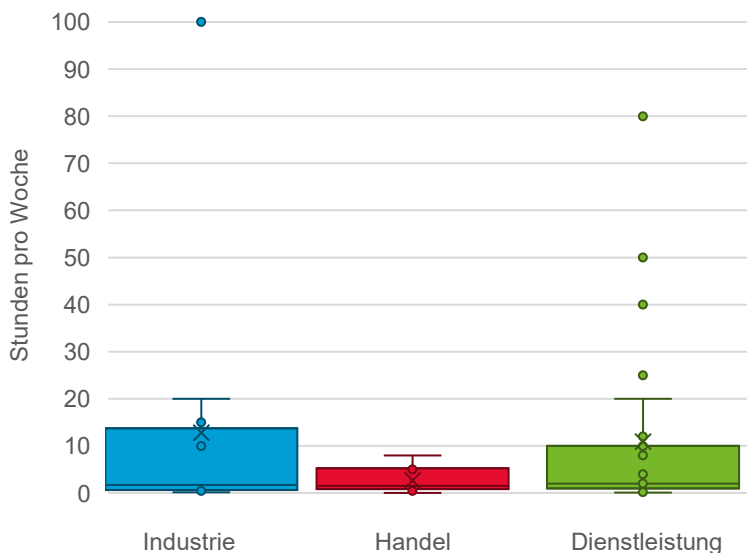


Abbildung 3b: Zeitaufwand nach Branchen



Frage: Bitte schätzen Sie: Wie viele Stunden pro Woche muss Ihr Unternehmen insgesamt zur Erfüllung kommunaler Vorschriften aufwenden? (n=49)

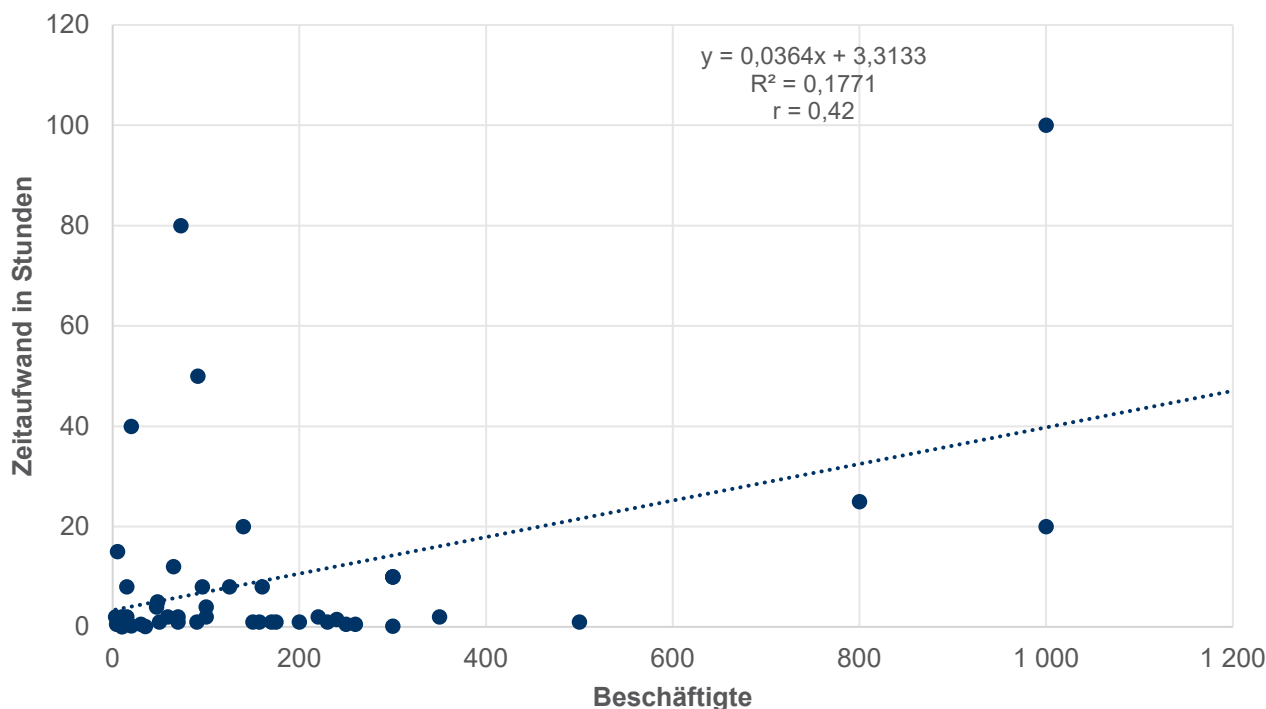
① Ein Boxplot (Abbildung 3b) zeigt die Verteilung von Daten anhand von fünf Werten: Minimum, unteres Quartil, Median, oberes Quartil und Maximum. Die Box zeigt die mittleren 50 Prozent der Daten, die senkrechten Linien ("Whisker") reichen bis Minimum und Maximum. Ausreißer werden als Punkte markiert, der Median als horizontale Linie innerhalb der Box.

Der Median als Mittelwert liegt für die Gesamtwirtschaft bei einem Aufwand von zwei Stunden pro Woche. Gleiches gilt für die betrachteten Unternehmensgrößenklassen.

Mit Blick auf die Branchen ist der Median im Handel und Industrie mit 1,5 Stunden bzw. 1,75 Stunden etwas geringer als im Dienstleistungssegment mit rund zwei Stunden. Dort ist jedoch die Heterogenität innerhalb der Branche größer, was durch die höhere Zahl an Ausreißern sichtbar wird. Ein Muster innerhalb dieser, beispielsweise in Form einer stärkeren Betroffenheit einer spezifischen Teilbranche, ist jedoch nicht erkennbar.

Vergleicht man den zeitlichen Aufwand zur Erfüllung kommunaler bürokratischer Pflichten beispielsweise mit dem Gesamtaufwand von 14 Stunden pro Woche in der Gastronomie deutet sich an, dass die Hürden auf kommunaler Ebene tendenziell geringer ausfallen.

Nimmt man den Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Zeitaufwand zur Erfüllung kommunaler bürokratischer Pflichten in den Blick (Abbildung 4), so wird deutlich, dass eine gleichgerichtete Abhängigkeit besteht: Steigt die Zahl der Beschäftigten im Unternehmen, so wird der Bürokratieaufwand tendenziell zeitintensiver. Konkret bedeutet dies: Erhöht sich die Zahl der Mitarbeiter um zehn Beschäftigte, so steigt der zu erwartende Zeitaufwand tendenziell um rund 22 Minuten pro Woche.

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Zeitaufwand**Problemfelder: Genehmigungsverfahren im Baubereich stechen negativ hervor**

Im Rahmen der Unternehmensbefragung berichten die Unternehmen von sehr vielfältigen bürokratischen Hürden auf kommunaler Ebene. Am stärksten sticht dabei die Thematik der Genehmigungsverfahren – insbesondere im Baubereich – hervor. Diese werden häufig als zu langwierig und komplex empfunden. Ebenso werden zu langsame Bearbeitungszeiten innerhalb der öffentlichen Verwaltung in ihrer Gesamtheit von der regionalen Wirtschaft als Belastung bewertet. Diese stehen aus Sicht der Befragten im Zusammenhang mit einer zu geringen Eigenverantwortung der Beschäftigten in den Verwaltungen mit Blick auf Entscheidungsprozesse. Dadurch entstehen zeitintensive Abstimmungsverfahren innerhalb der Verwaltungshierarchien. Zudem sollte ein serviceorientiertes Mindset gestärkt werden.

Damit eng verknüpft ist eine aus Sicht der Unternehmerinnen und Unternehmer unzureichende Verwaltungsdigitalisierung als Servicedienstleistung. Ein Digitalisierungsschub innerhalb der Behörden könnte das Zusammenspiel dieser mit den Unternehmen vereinfachen, beschleunigen und für alle Partner effizienter gestalten. Dabei dürfen Einzelmaßnahmen wie beispielsweise die Online-Vergabe von Terminen oder die digitale KFZ-Zulassung lediglich Teil einer ganzheitlichen Digitalisierungsoffensive auf dem Weg zu einer schnellen kommunalen Verwaltung sein.

Des Weiteren kämpfen die Unternehmen mit Berichtspflichten und Brandschutzauflagen sowie Problemen bei der Anmeldung von ausländischen Beschäftigten (Visa-Erteilung/Aufenthaltsgenehmigung bzw. Wohnanmeldung als Voraussetzung). Außerdem weisen die Befragten auf Kommunikationsprobleme mit und innerhalb der Verwaltung hin.

Abbildung 5: Problemfelder kommunaler Bürokratie

Frage: In welchen Bereichen hemmen bürokratische Belastungen auf kommunaler Ebene Ihr Geschäft? (n=46)

① Je häufiger ein Problem genannt wurde, desto größer erscheint es in der Wortwolke.

Die Analyse zeigt, dass die bayerisch-schwäbischen Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen die Problemfelder der kommunalen Bürokratie sehr unterschiedlich wahrnehmen. Diese Heterogenität erschwert folglich den Lösungsprozess, da nicht „die“ eine Lösung existiert. Der Abbau bürokratischer Hürden ist daher auch auf den unteren Verwaltungsebenen im Bereich vieler Politikfelder ein stetiger Prozess.

Lichtblick: Einige positive Entwicklungen in den vergangenen Jahren

Trotz der beschriebenen Kritik berichten die Unternehmen jedoch ebenso von ersten Verbesserungen auf dem Weg zu weniger Bürokratie und einer schnelleren Verwaltung. Diese betreffen insbesondere den Aspekt der Digitalisierung und die Bereitstellung von ersten Online-Diensten. Konkret nennen Unternehmen als positives Beispiel die Digitalisierung des Bauordnungsamts in der Stadt Augsburg, die Einführung von Online-Handelsregisterauszügen und KFZ-Anmeldungen oder von der Möglichkeit, Anträge und Unterlagen digital einzureichen. Zudem wird auch das persönliche Engagement im Sinne der Wirtschaft einzelner Verwaltungschefs, wie beispielsweise des Bürgermeisters von Scheidegg, positiv hervorgehoben. Des Weiteren wird vereinzelt von schnelleren Bearbeitungszeiten in Genehmigungsprozessen, der Reduzierung formeller Hürden oder der Einführung direkter und sichtbarer Ansprechpartner berichtet.

Auswahl positiver Rückmeldungen:

- Beschleunigung der Genehmigungsbeantragung, Gundelfingen
- Beschleunigung von Bauanträgen, Oettingen

- Digitaler Bauantrag, Kempten
- Digitalisierung der Gemeindeverwaltung und Optimierung von Abläufen, Dasing
- Digitalisierung des Bauordnungsamt, Augsburg
- Online-Sofortanmeldung von Mitarbeitenden, Bad Wörishofen
- Schnellere Wege und Genehmigungsverfahren, Illertissen
- Verbesserung der direkten, persönlichen Kommunikation, Kaufbeuren
- Vergabe von Online-Terminen, Lindau
- Vergabe von Online-Terminen, Wertingen

Dies unterstreicht die bisherigen Bemühungen der Kommunen, sich als serviceorientierter Partner gegenüber den Bürgern und der Wirtschaft zu positionieren. An diese ersten Erfolge gilt es anzuknüpfen und im Schulterschluss aller Partner weiter gemeinsam an dem Ziel einer schnellen Verwaltung zu arbeiten.

Eine Analyse des Ifo-Instituts (2024b) zeigt darüber hinaus, dass die Zufriedenheit der Unternehmen mit Behörden und Verwaltungen grundsätzlich mit der Nähe zur jeweiligen Institution steigt. So gaben im Rahmen der Studie rund 43 Prozent der Befragten an, mit der Stadt- oder Gemeindeverwaltung sehr zufrieden oder zufrieden zu sein. Mit Blick auf Landrastamt oder Kreisverwaltung lag der Anteil lediglich bei 22 Prozent sowie bezüglich der Landes- und Bundesebene bei sieben Prozent.

„Dass Bürokratieabbau nicht länger gefordert, sondern auch umgesetzt werden muss, sehen nach meiner Wahrnehmung auch die öffentlichen Verwaltungen. In einem kooperativen Ansatz wollen wir versuchen Digitalisierungsmöglichkeiten von Verwaltungsprozessen auszuloten und auch umzusetzen, um damit der regionalen Wirtschaft, aber auch den Verwaltungen Entlastung zu verschaffen.“

Stefan Fritz, Geschäftsführer der Vereinigte Wertach-Elektrizitätswerke GmbH,
Themenpate des AK Wirtschaftsstandort der IHK-Regionalversammlung Kaufbeuren/Ostallgäu

Lösungsansätze: Servicegedanke und konsequente Verwaltungsdigitalisierung im Fokus

Der Abbau bürokratischer Belastungen ist ein stetiger Prozess, welcher konsequent verfolgt werden muss und sich über alle politischen Ebenen erstreckt. Die daraus entstehende Komplexität, beispielsweise aufgrund des föderalen Systems in Deutschland, führt häufig zu Verzögerungen beim Versuch Bürokratie entschlossen abzubauen und Verwaltungsverfahren zu beschleunigen.

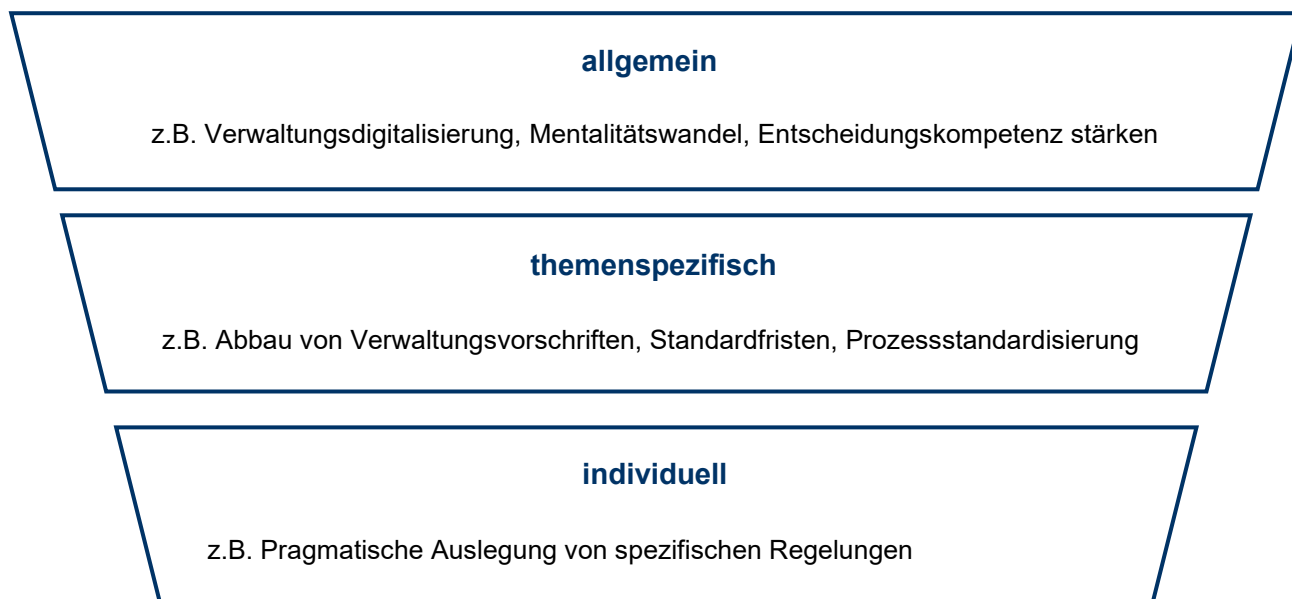
Die im Folgenden postulierten Lösungsansätze mit dem Ziel einer schnelleren Verwaltung werden in drei Kategorien eingeteilt:

- allgemeine Instrumente
- themenspezifische Maßnahmen
- individuelle Ansätze

Ein **allgemeiner** und entscheidender Hebel einer schnelleren und serviceorientierteren Verwaltung liegt auf kommunaler Ebene neben der Reduktion von Verwaltungsvorschriften in der konsequenten

Digitalisierung der Prozesse. Dabei sollten aus Sicht der Unternehmen die Potenziale künstlicher Intelligenz (KI) bestmöglich ausgeschöpft werden. Zuvor müssen jedoch die grundlegenden Bausteine der Digitalisierung umgesetzt werden, wie beispielsweise der Aufbau von Unternehmensportalen als zentrale Anlaufstelle für unternehmerische Behördengänge, die möglichst flächendeckende Nutzung gemeinsamer Programme und Tools über Kommunal-, Regierungsbezirks- und Landesgrenzen hinweg (EfA-Prinzip³) oder die Implementation einer funktionierenden Online-Vergabe von Präsenzterminen.

Abbildung 6: Lösungsansätze – ein mehrstufiges Modell



Zudem zeigt die Umfrage, dass sich die Unternehmen für einen Mentalitätswandel innerhalb der Verwaltung aussprechen, in welcher die Verwaltung sich als Servicedienstleister versteht und die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Beschäftigten stärkt. Ausdruck findet dies zum Beispiel in kurzen Bearbeitungszeiten, einer nutzerfreundlichen digitalen Plattform, auf der beispielsweise der Status des eigenen Vorgangs nachverfolgt und Dokumente eingereicht werden können, oder einer besseren Erreichbarkeit der Behördenmitarbeiter bei Fragestellungen. Berichten von Unternehmen mit Symbolcharakter, wonach auf eine Anfrage via Mail per Brief geantwortet wurde, sollten der Vergangenheit angehören.

Darüber hinaus setzen sich die Befragten für eine Stärkung der Entscheidungsbefugnis der Beschäftigten in der Verwaltung ein, insbesondere für die Ebene der Sachbearbeitung. Könnten bereits dort Entscheidungen final und ohne vorangehenden internen hierarchischen Abstimmungsprozess getroffen werden, würde dies zu einer spürbaren Beschleunigung führen und die Zufriedenheit der Kunden steigern.

³ Das EfA-Prinzip ist die Grundlage für die Nachnutzung von digitalisierten Leistungen: Jedes Land sollte Leistungen so digitalisieren, dass andere Länder diese nachnutzen können und den Onlinedienst nicht nochmal selbst entwickeln müssen. Das spart Zeit, Ressourcen und Kosten. Der Grundgedanke hinter EfA ist, dass Länder und Kommunen nicht jedes digitale Verwaltungsangebot eigenständig neu entwickeln, sondern durch effiziente Arbeitsteilung von den Digitalisierungsvorhaben anderer Länder profitieren (Bundesministerium des Inneren, 2024).

Im **themenspezifischen** Bereich könnten die Einführung von Standardfristen für die Bearbeitung oder die Ausweitung der Genehmigungsfiktion ggf. in Kooperation mit der zuständigen Legislative zu einer Beschleunigung von Genehmigungsverfahren führen. Zudem könnten diese durch die Erstellung klarer, verständlicher Leitfäden (z.B. im Bereich von Bauauflagen wie Brandschutz und Statik) oder die Einführung eines „One-Stop-Shops“, bei dem Unternehmen alle Genehmigungen aus einer Hand erhalten, vereinfachen. Dies würde zudem die interne Kommunikation verbessern und beispielsweise Mehrfachprüfungen durch klare Zuständigkeiten vermeiden.

Weitere Maßnahmen zur Verwaltungsbeschleunigung wären Prozessstandardisierungen beispielsweise im Bereich von Transportgenehmigungen im Schwerlastverkehr. Einheitliche Checklisten für Antragsteller und Behörden könnten bereits im Vorfeld für Klarheit und Transparenz sorgen und somit zeitverzögerndes Nachreichen fehlender Dokumente präventiv verhindern.

Ein entscheidender Aspekt zur Realisierung einer schnellen Verwaltung ist der konsequente Abbau bürokratischer Belastungen im Sinne einer spürbaren Reduktion von Berichts- und Dokumentationspflichten sowie Verwaltungsvorschriften. Der Freistaat Bayern hat sich beispielsweise im Rahmen des zweiten Modernisierungsgesetz Bayern zum Ziel gesetzt, zehn Prozent der bestehenden Verwaltungsvorschriften aufzuheben und bis Ende 2026 keine neuen zu erlassen. Nach diesem Vorbild sollte nach Möglichkeit auch auf kommunaler Ebene vorgegangen werden.

Letztendlich handelt es sich bei einigen Hürden um sehr spezifische und **individuelle** Probleme. Zu deren Lösung kann häufig ein pragmatisches und eigenverantwortliches Vorgehen der Sachbearbeiter beitragen. Zudem könnten Support-Teams die Unternehmen im Sinne des Service-Gedankens bei der Nutzung der digitalen Angebote unterstützen. Dazu müssen die Beschäftigten in der Verwaltung regelmäßig geschult werden – auch im Bereich möglicher Prozessoptimierungen.

Insgesamt bestehen auch auf kommunaler Ebene vielfältige Ansatzpunkte und Optimierungspotenziale, um dort entstehende bürokratische Belastungen für die Unternehmen zu reduzieren. Dabei ist ein konstruktiver Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft essentiell. Nur so können Probleme identifiziert und gemeinsam bestmöglich gelöst werden. Die IHK Schwaben nimmt dabei eine Scharnierfunktion ein, um die Standortbedingungen für die bayerisch-schwäbische Wirtschaft stetig zu verbessern.

Fazit

Die überbordende Bürokratie stellt gegenwärtig eine der größten Belastungen für die bayerisch-schwäbischen Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen dar. Vorliegende Analyse hat dabei - basierend auf einer Unternehmensbefragung - zum Ziel, die diesbezügliche Belastung der regionalen Wirtschaft auf kommunaler Ebene zu beziffern und Problemfelder möglichst konkret aufzuzeigen. Darüber hinaus werden mögliche Lösungsansätze skizziert und erste Verbesserungsvorschläge erläutert.

Die Ergebnisse zeigen, dass die bürokratischen Belastungen aufgrund kommunaler Vorschriften seitens der Unternehmen tendenziell als etwas geringer empfunden werden als im Vergleich zu nationalen oder europäischen Regelungen. Im Mittel bewerten die Befragten den Belastungsgrad als mittelmäßig und wenden rund zwei Stunden pro Woche zur Erfüllung kommunaler Bürokratie auf.

Die konkreten Hürden, welche Unternehmen dabei vorfinden, weisen eine spürbare Heterogenität auf und unterscheiden sich somit zwischen den Kommunen und Landkreisen. Im Fokus stehen jedoch häufig Genehmigungsverfahren, langsame Bearbeitungszeiten sowie eine unzureichende Verwaltungsdigitalisierung. Zudem sollte aus Sicht der Unternehmen der Servicegedanke und die Entscheidungskompetenz der Beschäftigten in der Verwaltung gestärkt werden.

Damit im Einklang stehen die vorgeschlagenen Lösungsansätze einer ganzheitlichen Digitalisierungsoffensive mit dem Ziel einer schnellen Verwaltung, einer Stärkung der Entscheidungskompetenzen und einer Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren beispielsweise durch die Standardisierung von Prozessen und Fristen oder einer spürbaren Reduktion von Verwaltungsvorschriften. Positiv sticht dabei hervor, dass in einigen Kommunen insbesondere im Bereich der Digitalisierung erste Fortschritte erzielt wurden.

Schlussendlich ist der Abbau bürokratischer Belastungen auch auf kommunaler Ebene ein stetiger und iterativer Prozess. Dabei kann der größtmögliche Mehrwert nur im Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Wirtschaft erreicht werden.

„Die überbordende Bürokratie in Deutschland ist für unser Land zu einem veritablen Standortnachteil im internationalen Wettbewerb geworden. Um dies zu ändern, möchten wir als IHK Schwaben die kommunalen Verwaltungen in Bayerisch-Schwaben als Partner gewinnen, um gemeinsam pragmatische Lösungen im Sinne der regionalen Wirtschaft zu finden. Eine schnelle und bürokratiearme Verwaltung als serviceorientierter Partner der Unternehmen ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Standortattraktivität Bayerisch-Schwabens.“

Dr. Matthias Köppel, Bereichsleiter Standortpolitik

Ihre Ansprechpartner

Niklas Gouverneur
Wirtschaftsforschung
und Konjunktur



Tatjana Hübner
Wirtschaftsforschung
und Konjunktur



Industrie- und Handelskammer Schwaben
Stettenstraße 1+3 | 86150 Augsburg
Telefon: 0821 3162-318
E-Mail: niklas.gouverneur@schwaben.ihk.de

Industrie- und Handelskammer Schwaben
Stettenstraße 1+3 | 86150 Augsburg
Telefon: 0821 3162-319
E-Mail: tatjana.huebner@schwaben.ihk.de

Tipp



**Konjunktur und
Wirtschaftsanalysen digital**
ihk.de/schwaben/wirtschaftsanalysen

Literatur

Bundesministerium des Inneren, 2024: Einer für Alle. Einfach erklärt. Online unter <https://tinyurl.com/4njvp36s> [Stand: 16.12.24].

Deutsche Industrie- und Handelskammer, 2024: Bürokratieabbau. Online unter <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/buerokratieabbau> [Stand: 12.12.24].

Ifo, 2024a: Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand, in: Ifo Schnelldienst (11/2024), S. 3-11.

Ifo, 2024b: Kommunale Nähe als Erfolgsfaktor. Was Unternehmen an Verwaltungen schätzen und was nicht, in: Ifo Schnelldienst (12/2024), S. 43-47.

IHK Schwaben, 2024: Konjunkturumfrage Frühjahr 2024. Stagnation statt Aufbruch – Hoffnung Europa.

Nationaler Normenkontrollrat, 2024: Jahresbericht 2024. Gute Gesetze. Digitale Verwaltung. Weniger Bürokratie. Momentum Nutzen, Wirkung steigern.

Statistisches Bundesamt, 2024: Median. Online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Glossar/median.html> [Stand: 11.12.24].